



## AM ENDE ZAHLEN WIR

Auch in Deutschland steht bei vielen AKW der Rückbau an, außerdem wartet der bislang tonnenweise angefallene radioaktive Abfall auf ein „Endlager“, das weltweit noch nirgendwo existiert.

Da Abriss und Lagerung des Atommülls weitaus teurer werden als bislang geplant, wollen die Atomkonzerne die Kosten auf die Gesellschaft abwälzen – etwa durch eine Abspaltung von Unternehmenssparten. Die Konzerne mussten zwar Rückstellungen für den Rückbau sowie die Atommüll-Lagerung bilden. Diese sind jedoch nicht ausreichend und zudem nur bilanziell vorhanden. Dies hat die von der Bundesregierung für die Finanzierung des Atomausstiegs eingesetzte Kommission bereits bestätigt.

Aufgrund des geltenden Verursacherprinzips müssen die Betreiber für die Folgekosten aufkommen. Doch da die Konzerne die Energiewende verschlafen bzw. ignoriert haben, sind nicht nur ihre Gewinne dramatisch eingebrochen, es besteht sogar die Gefahr einer Insolvenz. Die Regierung muss sich also beeilen, die Gelder einzutreiben und gesetzlich festzuschreiben, dass die Konzerne auch für alle künftigen Kostensteigerungen herangezogen werden. Andernfalls – und das ist zu befürchten – bleiben am Ende doch die SteuerzahlerInnen auf den Kosten des Atomausstiegs sitzen.

## DAS UMWELTINSTITUT FORDERT:

- keine EU-Subventionen für Atomkraft
- keine Laufzeitverlängerungen für alte Reaktoren
- kein Abwälzen der Folgekosten auf die Gesellschaft
- weltweiter Ausstieg aus der Atomkraft

Auf [www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org) können Sie unseren kostenlosen Newsletter bestellen.

Das Umweltinstitut München ist ein unabhängiger Verein, der sich gegen Atomkraft, für gentechnikfreies Essen, für eine nachhaltige Energiewende und für den ökologischen Landbau einsetzt. Spenden und Förderer garantieren unsere unabhängige Arbeit.

**Spendenkonto:**  
**Umweltinstitut München e.V.**  
**Konto-Nr: 883 11 03**  
**BLZ: 700 205 00**  
**IBAN: DE16 7002 0500 0008 8311 03**  
**BIC: BFSWDE33MUE**  
**Bank für Sozialwirtschaft**



Herausgeber:  
**Umweltinstitut München e.V.**  
**Landwehrstr. 64a**  
**80336 München**  
**(089) 30 77 49 - 0**  
[info@umweltinstitut.org](mailto:info@umweltinstitut.org)  
[www.umweltinstitut.org](http://www.umweltinstitut.org)

Fotos: Fotolia, Bernd Sauer-Diete/bsd-photo-archiv.de, Jörg Farys. Gedruckt auf 100% Recyclingpapier. Stand: Februar 2016

# Strahlende Zukunft?

## Atomkraft in Europa





## RENAISSANCE DER ATOMKRAFT?

Die Atomeuphorie der 1960er Jahre hielt bis zum GAU in Tschernobyl 1986, danach kam es in der westlichen Welt kaum noch zu Neubauprojekten. Ein zweiter Einbruch erfolgte nach der Katastrophe von Fukushima in 2011. Erstmals wurde die Sicherheit westlicher Reaktortypen infrage gestellt. Deutschland beschloss den Atomausstieg bis 2022, andere Länder wie die Schweiz oder Belgien folgten, wenn auch mit längeren Restlaufzeiten. Selbst Frankreich, mit seinen 58 Atomkraftwerken auf Platz zwei der 30 Atombetreiberländer hinter den USA, hat bis 2025 eine Reduzierung des Atomstromanteils von derzeit 75 auf 50 Prozent angekündigt. Trotzdem wollen viele Länder an der Atomkraft festhalten, vor allem die USA sowie Staaten in Osteuropa und Asien.

Auch einige westeuropäische Länder planen, die Atomenergie weiter zu nutzen – und sei es nur deshalb, weil versäumt wurde, rechtzeitig für Ersatz zu sorgen. In Ländern wie der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland oder Großbritannien wurden ebenso wie in Osteuropa die Laufzeiten alter, maroder Atomkraftwerke (AKW) kurzerhand verlängert – trotz teilweise gravierender Sicherheitsmängel. Mehr als die Hälfte aller AKW weltweit ist älter als 30 Jahre, 15 Prozent sogar älter als 40 Jahre. Die ursprünglich geplante Betriebszeit lag bei 30 bis maximal 40 Jahren.

## GEFÄHRLICHE ALTMEILER

Die Wahrscheinlichkeit von Störfällen steigt mit dem Alter der Meiler. Alterung führt zu Abnutzung sowie zu Materialveränderungen: Hohe Temperaturen, starke mechanische Belastungen, eine chemisch aggressive Umgebung und die ständige Neutronenbestrahlung wirken auf sicherheitstechnisch entscheidende Bauteile. Korrosion, Versprödung und Haarrisse steigern das Unfallrisiko enorm.

„Unregelmäßigkeiten im Material“, „Schwachstellen im Reaktordruckbehälter“, „Tausende von Haarrissen“ sowie „mangelhafte Schweißnähte“ sind Ergebnisse von Überprüfungen älterer Meiler. Dazu gehören das mit fast 47 Betriebsjahren älteste europäische AKW Beznau sowie das AKW Leibstadt in der Schweiz, Cattenom und Fessenheim in Frankreich, Tihange und Doel in Belgien. Alle haben ihre geplante Betriebszeit überschritten und müssen dringend endgültig vom Netz. Stattdessen wurden die Laufzeiten verlängert – trotz sicherheitstechnischer Bedenken.

Das gilt auch für unsere östlichen Nachbarn: Ob das AKW Dukovany in Tschechien, Paks in Ungarn, Bohunice in der Slowakei, Cernavoda in Rumänien, Krsko in Slowenien oder Koszloduy in Bulgarien – sie alle sind veraltet und marode. Trotz offiziell bescheinigter „nicht nachrüstbarer Schwachstellen“ werden sie von den jeweiligen Atomaufsichtsbehörden für sicher erklärt.

## NEUBAUTEN NUR MIT SUBVENTIONEN

Atomenergie wird seit mehr als 60 Jahren genutzt – und noch immer ist sie auf staatliche Förderung angewiesen. Bereits 1992 hat das atomfreundliche Prognos-Institut berechnet, dass bei Einrechnung aller externen Kosten die Kilowattstunde Atomstrom 4 DM kosten müsste, Schäden aus einem möglichen GAU noch nicht eingerechnet. Die Folgekosten der Katastrophe in Fukushima wurden Ende 2012 bereits mit 235 Milliarden Euro beziffert. Keine Versicherung der Welt ist bereit, Schäden durch einen GAU vollumfänglich abzusichern.

Ohne Subventionen würde heute kein Unternehmen mehr Atomkraftwerke bauen. Großbritannien will jetzt aber das AKW-Neubauprojekt Hinkley Point großzügig mit Steuergeldern ermöglichen und damit die EU-Beihilferichtlinien aushebeln. Es wäre der erste AKW-Neubau in Großbritannien seit 20 Jahren und der erste in der EU seit Fukushima.

Sollte die EU die Förderung des Neubaus erlauben, wäre dies ein verheerendes Signal. Osteuropäische Staaten wie Ungarn, die Slowakei, Tschechien oder Polen warten nur darauf, ihre eigenen Ausbaupläne voranzutreiben. Auch gegen Ungarn hat die EU ein Verfahren wegen unzulässiger Beihilfe eingeleitet, da Paks 2 ebenfalls mit Staatsmitteln finanziert werden soll.